

*Ablehnung der grundsätzlichen und gleichberechtigten Hinzuziehung anderer Organisationen.*“ Diese Stellungnahme verdeutlicht die Selbstverteidigung der beiden bürgerlichen Parteien und ihre Anstrengungen, sich der Aushöhlung der parlamentarischen Demokratie und des schrittweisen Abbaus demokratischer Grundregeln zu erwehren. Die Einbeziehung der Massenorganisationen, besonders des FDGB und der FDJ, in die Blockpolitik sollte sich ja keineswegs auf die Spitzengremien des „Antifa-Blocks“ beschränken. Es handelte sich vielmehr um die Prinzipien der Zusammenarbeit in allen Blockausschüssen in Städten, Kreisen und Gemeinden. Sowohl hier wie in den parlamentarischen Vertretungskörperschaften hatten sich Abgeordnete der bürgerlichen Parteien den Absichten der SED häufig erfolgreich widersetzt, wenigstens wenn es darum ging, kommunal- oder personalpolitische Entscheidungen zu beeinflussen. Dennoch vermochte die SED seit Mitte 1948 ihre Forderung auf Beteiligung der Massenorganisationen zu realisieren, indem sie in Zusammenarbeit mit willfährigen Mitgliedern der bürgerlichen Parteien den „Antifa-Block“ auf allen Ebenen unter Einbeziehung zunächst nur des FDGB und der FDJ, später auch des DFD, als „Demokratischen Block“ neu konstituierte. (Auch die um diese Zeit entstandene „National-Demokratische Partei“ und die „Demokratische Bauern-Partei“ wurden zur Blockpolitik herangezogen.)

In der „massenpolitischen“ Arbeit taktierten die Kommunisten mit einer ständig engeren Einbeziehung der CDU und der LDP in die Politik der SED. Die im Spätherbst 1947 von der SED manipulierte „Volksbewegung für Einheit und gerechten Frieden“ lieferte hierfür ein Schulbeispiel. Für den 6.-7. Dezember 1947 hatte der Parteivorstand der SED zum ersten Mal einen „Deutschen Volkskongreß“ nach Ost-Berlin einberufen, der anlässlich der vom 25. November bis 15. Dezember 1947 in London (ergebnislos) tagenden Konferenz der Außenminister der vier Besatzungsmächte eine „nationale“ Stellungnahme zur Frage einer deutschen Friedensregelung beraten und formulieren sollte. Die Weigerung der CDU-Führung, sich an diesem auf Propagandaeffekte berechneten Unternehmen zu beteiligen, ließ die bis dahin latente Krise zu einem offenen Konflikt werden. *Jakob Kaiser und Ernst Lemmer*, die als Unions Vorsitzende erst am 8. September 1947 nahezu einstimmig wiedergewählt worden waren, mußten auf Verlangen der SM AD am 19. Dezember 1947 ihren Rücktritt erklären. Wenige Tage später wurde über *Kaiser* ein Redeverbot verhängt. Innerhalb der CDU kam es zu Spannungen, viele aufrechte Männer mußten flüchten, nicht wenige wurden verhaftet. Die Redaktion der „Neuen Zeit“ wurde von der SMAD „gesäubert“, wie ein Leitartikel des Blattes zu erkennen gab: „*Es ist tief zu beklagen, daß man*